

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

45 (23.2.1920)

ten, die das heutige System ehrlich unterhalten wollen und die nicht aus der Bürokratie hervorgegangen sind, zu verhindern.

Es hatte gewiß unter den alten Verhältnissen, wo die Beamten schlecht bezahlt wurden und hierfür einen gewissen Ausgleich in der Pensions- und Hinterbliebenenversorgung sowie darin hatten, daß sie auf das Einrüden in gewisse Stellen sicher rechnen konnten, etwas Berechtigtes, die Beamenschaft als einen abgeschlossenen, sich nach bestimmten Grundjahren ergänzenden Körper zu betrachten. Heute aber, wo die Beamten verlangen, daß ihnen wie jedem freien Arbeitnehmer eine angemessene Bezahlung gewährt wird, und wo die kommende Leistungsreform über die jetzigen Teuerungszulagen hinaus voraussichtlich ganz erhebliche Erhöhungen der Bezüge bringen wird, können sie nach dieser Richtung hin durchaus keine besonderen Ansprüche erheben, besonders, wenn sie selbst Anforderungen der neuen Zeit nicht gerecht werden.

Dringend notwendig ist auch, daß man endlich an die Frage herantritt, wie den befähigten unteren und mittleren Beamten der Aufstieg in höhere Stellen ermöglicht werden kann. Dazu müssen sich allerdings die gesamten Beamten daran gewöhnen, daß Beförderungen nicht mehr ausschließlich nach dem Dienstalter erfolgen, daß man sich also eine höhere Stellung nicht lediglich ersiegen kann. Die Beamenschaft wird sich damit abfinden, wenn die Entscheidung über den Aufstieg befähigter Beamten nicht lediglich in die Hände der Vorgesetzten gelegt wird, sondern wenn auch Angehörige der in Frage kommenden Beamtengruppen selbst (Beamtenräte) dabei zur Mitbestimmung herangezogen werden.

Diese Ausführungen sind nur ein kleiner Auschnitt über die Verhältnisse in den Verwaltungen und die Gefahren die uns davon drohen. Die besten Kräfte der Regierung können durch eine böswillige Beamtenchaft in das Gegenteil verkehrt werden. Diesen Fort der Reaktion schleunigt zu befeitigen ist daher eine Lebensfrage für die Republik und die Demokratie!

Politische Uebersicht.

Die Berliner Parteifunktionäre und die Betriebsrätewahlen.

Berlin, 22. Febr. In einer Konferenz der Groß-Berliner Parteifunktionäre der Reichssozialisten wurde gestern über die Betriebsrätewahlen verhandelt und der Beschluß gefaßt, nach Ablehnung von Verhandlungen über ein geschlossenes Vorgehen aller auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Kreisämter, in allen Betrieben mit selbständigen Vorken der Wahlkampf aufzunehmen.

Von der Balkanmilitärestate.

Berlin, 21. Febr. In einer Versammlung des Bundes Neues Vaterland, in der Herr v. Gerlach zur Auslieferungsfrage sprechen wollte, kam es gestern zu einer schweren Schlägerei. Eine Anzahl anwesender Militärpersonen, die angeblich der Balkantruppe angehört haben, beteiligten sich daran. Es wurde Deutschland über alles gelungen. Bei der Schlägerei wurde Herr v. Gerlach, wie es heißt, schwer verletzt.

Schließung von Zigarettenfabriken.

Berlin, 22. Febr. Infolge der bevorstehenden neuen Erhöhung der Zigarettensteuer haben Dresdener Firmen ihre Betriebe bereits geschlossen. — In Bremen ist den Zigarettenarbeitern zum 31. 3. gekündigt worden. — Auch in Berlin sind die Fabrikanten entschlossen, die Fabriken am 1. April zu schließen, wenn die Regierung nicht nachgeben sollte. — Nach der „Boschischen Zeitung“ scheint die Regierung einer Erhöhung der Steuerfrage nicht abgeneigt zu sein. Eine bindende Entscheidung sei noch nicht erfolgt.

Die Einwohnerwehren.

Berlin, 22. Febr. Die Reichszentrale für Einwohnerwehren gibt bekannt: Verschiedene Aeußerungen vom Reichswehrminister über angebliche Auflösung der Einwohnerwehren zum 1. April 1920 gelangten in entstellter Form in die Presse. Der Reichswehrminister hat lediglich seiner Befürchtung Ausdruck gegeben, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen von der Entente die Existenz der Einwohnerwehren ernstlich bedroht werde. Die mit der Leitung der Einwohnerwehren-Organisation betrauten Stellen sind sich der Schwierigkeiten dieser Verhandlungen wohl bewußt, sie hoffen aber bestimmt, die Einwohnerwehren, deren Auflösung die kaum etwas gefährliche

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Der Lebensabend.

Am Eingang des kleinen Städtchens standen beidseitig eine lange Reihe niedriger zweistöckiger Häuser. Manche von ihnen zeigten eine merkwürdige Neigung, sich auszubauhen und eines lehnte sich spitzgieblig an das andere, als wollten sie sich gegenseitig stützen. In luftigen Farben gefaltete Wände, grellfarbig gestrichene schmale Haustüren und Fensterrahmen gaben der ganzen Straße ein heiteres, lebensfreudiges Aussehen, dem die spitzen alten Giebel mit ihren Türchen und Luken, die Steinbänke vor dem Hause, die tiefgelegenen Fensterlöcher der Erdgeschosse und eingemauerten Heiligenbilder noch einen Stich ins Kleinbürgerliche verliehen. Vor einem dieser Häuschen hielt der Wagen. Aus den Fenstern ringsum streckten sich neugierige Gesichter. Eine Anzahl Kinder sahen zu, wie die Straßlerleute ihr Zeug abladen und in das obere Stockwerk schafften. Kostete manchen Schnaufer, bis das letzte die enge kurze Treppe hinauf geschwängelt war. Dann gab der Sohn den beiden Alten die Hand und mit einem kräftigen „Pfiat Gott“ schied er.

Es liegt Kern im Abschiednehmen der Menschen jener Gegend. Selbst für lange Zeit scheiden sie mit einfachem Handschlag und kurzem Gruß. Tränen gelten beim Abschiede den Männern als Schande und auch die Frauen üben darin Zurückhaltung. Nur bei einer Leiche leisten sich die Weiber einen Ueberfluß an solchen. Zwischen Eltern und Kindern werden von klein auf wenig Zärtlichkeiten ausgetauscht. Zärtlichkeiten unter jung Verheirateten sind spärlich, vor anderer ganz ausgeschlossen. Selbst der Verkehr unter Liebenden ist ein viel rauherer wie anderswo. Und trotzdem haben sich diese Bauern gerade so lieb, halten ebenjagut zusammen, wie die in Abschiedstränen und Klüssen schwimmenden Großstädter. Das große Sehnen der begüterten Bauern jener Gegend ist es, einmal am Lebensabend Platz in ihrem Dorf im Austraßbübel zu haben, in die Stadt ziehen und dort in einfacher Behaglichkeit privatisieren zu können. Und eine Dreiherrnleiche am Lebens-

aber durch die bevorstehende Lebensmittelpreise und die Stärkung der linksradikalen Bewegung wieder sehr gefährdete innere Lage aufs schwerste bedrohen würde, zu retten. Auch in den Ententeländern machte sich in den letzten Monaten des Jahres die Einsicht immer bemerkbarer, die das verlässige Weiterbestehen dieser für den Wiederaufbau Deutschlands und damit indirekt auch für die innere Ruhe Europas urentbehrlichen gebildeten Notwehrorganisationen befürwortete.

Diebstahl im französischen Heeresdepot.

„Chicagoer Tribune“ berichtet aus Paris von Diebstählen in dem Heeresdepot der Pariser Umgebung, die den Wert von 5 Millionen Franken überschreiten. Die Diebstähle seien zu rächtlicher Zeit häufig organisiert begangen worden. Ein großes Aufgebot von Latrostrafwagen wäre den Dieben zur Verfügung gestanden. Bisher seien über 400 Personen verhaftet worden.

Die politischen Räte in Bulgarien.

Nach der „Agence d'Athene“ sind die Behörden in Sofia in den Besitz von Dokumenten gelangt, aus denen hervorgeht, daß die in Bulgarien sehr starken Kommunisten für den 1. Mai einen Staatsstreich geplant haben, um die Republik auszurufen. Im Zusammenhang mit dieser Entschloßung wurden in Sofia 290, in Philippopol 350, in Plewna 201 Kommunisten verhaftet. Die Mehrzahl der Verhafteten sind Eisenbahner.

Rußland und Deutschland.

Berlin, 22. Febr. Ein Mitglied der Redaktion des „Vorwärts“ hatte eine Unterredung mit dem Vertreter Sowjetrußlands in Berlin Wigodow Kopp. Dieser betonte, die gegenwärtigen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland seien mit der Erledigung der Gesandnenschaftsfrage nicht erschlüssig. Rußland wünsche, mit Deutschland möglichst schnell zur Aufnahme wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu kommen. Herr Kopp erklärte Kopp: „Ein Austausch von Waren gegen Geld wäre bei den heutigen Verhältnissen das denkbar beste Prinzip sein, auch Deutschland gegenüber.“ — Zur Frage der Auswanderung von Deutschen nach Rußland hob Kopp hervor, in erster Linie kämen Facharbeiter in Frage, während Bauern nicht gerade freudig begrüßt werden würden. Rußland wolle sich durchweg nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen. Das würde nur die freundschaftlichen Beziehungen, die Rußland zu Deutschland anstrebe, verderben.

40 000 Grippekrante in Wien.

Aus Wien wird gemeldet: Der „Morgen“ berichtet, daß die Zahl der Grippeerkrankungen auf 40 000 gestiegen ist. Die Krankenanstalten sind überfüllt, jedoch sich die Epidemie immer weiter ausbreitet.

Die nächsten Wahlen in Rußland.

Sankt Petersburg, 22. Febr. Drahtlos wird aus Moskau berichtet, daß die „Sowjetka“ die Bedingungen für die nächsten Sowjetwahlen mitteilt. Danach sind nur Arbeiter beiderlei Geschlechts und jeder Nationalität über 18 Jahren wahlberechtigt. Die Arbeitgeber und überhaupt alle Personen, die von der Arbeit anderer leben, wie solche Personen, die von Rent u. s. w. leben, haben kein Wahlrecht.

Die Vorgänge in Ungarn.

Budapest, 21. Febr. Ung. Corr. Büro. Ein in der Nationalversammlung eingebrachter Entwurf bestimmt, daß die gesetzgebende Gewalt von der Nationalversammlung ausgeübt wird, bis zur Belegung des Postens eines Reichsverwesers soll die Exekutivgewalt von einem der Nationalverwaltung verantwortlichen Ministerium ausgeübt werden. Zur Verteidigung des Landes und Aufrechterhaltung der inneren Ordnung wird eine auf die ungarische Verfassung verordnete Armee errichtet. Die Nationalversammlung wählt in geheimer Abstimmung bis zur endgültigen Regelung der Gewalt des Staatsoberhauptes aus der Mitte der ungarischen Staatsbürger einen Verweser.

Betriebsratswahlen.

F. R. Wir sind uns darüber klar, daß das neue Gesetz unzulänglich ist, aber trotzdem darf kein freigebergesellschaftlich gesinnter Arbeitnehmer bei den kommenden Wahlen etwa schamlos bei Seite stehen und die zu bildenden Betriebs- und Angestelltenräte so ihrem Schicksal überlassen. Im Gegenteil, wir wollen und müssen zeigen, daß die Anwendung und Auslegung des Wortlautes der Bestimmungen allein von dem Geiste abhängt, der die zu wählende Betriebsvertretung befeuert. Gerade

die Mängel der gesetzgeberischen Arbeit zwingen uns in erheblichem Maße eine strenge Auswahl der Kandidaten zu treffen. Soll die wirtschaftliche Macht aller Arbeitnehmer in Zukunft erstarken, so dürfen die Sitzungen der Betriebsvertretung unter keinen Umständen politische Agitationsveranstaltungen werden. Sachkundige, freigebergesellschaftliche Ueberzeugungsbildner und ausgeprägte Willenskräfte müssen die unerlässlichen Voraussetzungen sein, um gegenüber dem immer mehr realtätlich werdenden Unternehmertum die verantwortungsvolle Tätigkeit eines Betriebsratsmitglieds erfolgreich ausüben zu können. Wenn wir ferner an die vielen unklaren und zweideutig gehaltenen Paragraphen denken, so müssen wir uns sagen, daß die Bezeichnung, wie sie sich durch die erste Wahl ergibt, unzweifelhaft für die ganze künftige Ausgestaltung der Betriebsvertretung und damit für unser ganzes kommendes Wirtschaftslieben von entscheidender Bedeutung ist. Die Regierungsvorlage hat wie der Reichsarbeitsminister am 14. Januar ds. J. ausdrücklich betont, an manchen Stellen die Materie wenig ausführlich behandelt, weil man der Entwicklung hier Spielraum lassen will.

Noch deutlicher wird die Erläuterung der Gesetzesvorlage dort heißt es, „es lassen sich für die Betriebsräte noch weitere Aufgaben und weitere Befugnisse denken, als die im Gesetzentwurf angeführt sind.“ Es steht dem auch nichts im Wege, daß solche vom Arbeitgeber freiwillig eingeräumt oder auch durch Tarifvertrag gerundet werden.“ Wir sehen also auch hier, daß die Befugnisse der Betriebsräte in wirtschaftlichen Fragen sehr wohl gegenüber den im Gesetz festgelegten Begrenzungen von uns erweitert werden können, wenn wir nur stark genug sind, uns solche Verbesserungen zu erkämpfen. Die erste Zusammenkunft der Betriebsräte wird also geradezu zur Schlüsselfrage der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft. Wir dürfen wohl annehmen, daß gerade deshalb von sämtlichen freigebergesellschaftlichen Angestelltengruppen unter der Parole:

„Die Freiheit und dort Anrecht!“

in schärfster Weise gegen die Harmonieverbände Stellung genommen wird.

Schon heute versuchen ja diese Harmonieverbände unter der Parole „Einigkeit“ gemeinschaftliche Listen aller Verbände ohne Unterschiede ihrer wirtschaftlichen Richtung aufzustellen. Unter allen möglichen schmuckhaften Namen, bald als „Gewerkschaftsbund der Angestellten“, bald als „Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten“, ja sogar als „Gesamterband der Angestelltenvereinigungen“ versuchen diese Verbände die Reaktion zu ihren Gunsten herbeizuführen zu machen. Aber auch das umgehängte gewerkschaftliche Mäntelchen wird die gesamte freigebergesellschaftliche Angestelltenchaft über diese Machinationen der unter falscher Färbung gelegenden Gewerkschaftsbünde nicht im Unklaren lassen. Die überwiegende Mehrzahl aller Arbeitnehmer ist heute glücklicherweise soweit geschult, um selbst erkennen zu können, daß nur die freien Gewerkschaften die Gewähr für eine zureichende Arbeitnehmervertretung bieten. Wir wissen, wie gerade in den letzten Wochen und Tagen diese Gewerkschaftsbünde einen Kampf um die Betriebsräte geführt und bald hündlich ihre Fahne nach dem Wind gebracht haben. Den Führern dieser Gewerkschaftsbünde haben wir es in der Hauptsache zu verdanken, daß das Mitbestimmungsrecht preisgegeben wurde. Diese befürworteten ferner die Streichung des Einspruchsrechts bei Einstellung, des Abberufungsrechts ungewählter Betriebsräte und die Entziehung der Kleinbetriebe

Der Hauptredner dieser Harmonieverbände, der sattem bekannte Gewerkschaftsbundler Abgeordneter Schneider, Sachsen, der ja aus seiner kapitalistischen Vertretung in seinem Vortrag über das Betriebsrätegesetz vor einigen Tagen in der Festhalle in Karlsruhe die Arbeitnehmerchaft Karlsruhes nicht im Unklaren ließ, vertheidigte a. A. die Harmonieverbände gegen die berechtigten Kritik des Reichsarbeitsministers und sah in der Hauptsache seine Aufgabe als Angestelltenvertreter in der ausschließlichen Bekämpfung der Forderungen der freigebergesellschaftlichen Angestelltenverbände. Ihm und den in den Gewerkschaftsbünden organisierten Angestellten hat die gesamte Arbeitnehmerchaft her allem die Verschlechterung des Gesetzes im Ausschluß der Nationalversammlung zu verdanken. Es liegt eben auch in dem in der Festhalle zu Tage getretenen zweipoligen Charakter dieser Verbände, die eine reine Arbeitnehmergewerkschaftspolitik ablehnen, begünstigt, daß sie infolge ihrer zwangswelken Rücksichtnahme auf die kapitalistischen Unternehmerinteressen immer wieder gegen das eigene Verbandsprogramm handeln müssen. Die gesamte Arbeitnehmerchaft verlangt aber, daß alle Mitglieder eines erfolgreichen Betriebsrates eine starke und unabhängige Gewerkschaft als Rückhalt haben.

berien, Goldfistern und bunten gerollten Papierstreifen, flieben zwölf Pergamentblättern, auf denen je der Name eines Heiligen geschrieben stand. Unter denselben befanden sich in Silber gefaßte Knochen splitter der auf dem Wäldchen benannten Heiligen. Zahl stachen die roten und weißen aus all dem Himmel, ehrfurchtgebietende Stücklein von einem Dukend heiliger Leiden, an Tod und Seelenheil mahnend. Einige fergenbesteckte Messingaleuchter und eine Anzahl frommer Porzellanstatuetten vervollständigten den Hausaltar, die Kirche im Haus. Das Bewußtsein, etwas Heiliges im Heim zu besitzen, gab dem Pledchen über der Kommode besondere Weiße.

Der alte Straffer sah in seinem Rehnstuhl am Fenster und sah dem Holzmacher zu, der vor dem Hause mit Hilfe seiner Frau Buchenscheiter zergeigte. Er war dick, sehr rund und gemästet worden in den fünf Jahrzehnen, die er jetzt privatisierte. In seinem Frieden glänzte sein glattrasiertes Gesicht. Ringelnd späten seine unter Fettnulsten verschwimmenden Augen die Straße entlang. Auf dieser kamen nun ganz langsamen Schrittes drei dicke alte Männer gegangen. Sie trugen die Hände auf dem Rücken verchränkt und waren halb städtisch, halb wie Bauern ge kleidet. Wie der Straffer die drei von weitem sah, rief er seine Alte aus der Küche. Die zog ihm weite, wattgefüllte Schuhe an, denn mit dem Rücken wars bei ihm vorbei und half ihn in den Hof, reichte Gut und Stof. Dann zwangte er seine zweieinhalb Zentner die Treppe hinunter vors Haus, winkte den dreien, ein „Griach Gott“ brummend, zu und schweigend trambelten sie langsam miteinander weiter. Manchmal blieb einer zurück und schauerte tief auf. Wenn die anderen das merkten, blieben sie unschuldig stehen und warteten bis der Schamige nachkam. So gingen sie, schier die ganze Straßengröße für sich in Anspruch nehmend, bis zu einer Linde vor dem Städtchen, um deren dicken Stamm eine massive Bank gezimmert war. Dort nahmen sie aufschmankend und feingehend Platz. Der Ober ihrer Körper füllte zum Platen voll die Kleider. Jeder zog seine Porzellanpfeife aus der Tasche und stopfte sie mit billigen Grobtabak. Der Straffer schlug mit Stahl und Stein Feuer und legte den glimmenden Zunder sorgfältig auf den Tabak.

(Fortsetzung folgt.)

Kriegsteilnehmer! Werdet zu Anklägern!

Sühne für die Schandtat im Kriege.

Soldaten! Sorgt dafür, daß die Kriegsverbrecher bekannt und gefast werden.

Seinase zu gleicher Zeit ist von einem deutschen und von einem französischen Kriegsteilnehmer öffentlich zu einer Aktion aufgefordert worden, von der man nur wünschen kann, sie möchte mit Erfolg begleitet sein. Es handelt sich um die Aufklärung der Verbrechen von Schandtat im Kriege, alle die Kriegsteilnehmer namhaft zu machen, denen man Verbrechen und Schandtat nachweisen kann. Natürlich dürfte keine Rücksicht genommen werden, ob es sich um Verbrecher aus dem Offiziers- oder Mannschafsstande handelt. Besonders Augenmerk wäre allerdings auf solche Kriegsteilnehmer zu nehmen, die als Vorgesetzte die Verübung von Schandtat befahlen, oder die die Macht, die ihnen ihre Stellung gegeben hat, zur Verübung von Verbrechen mißbraucht haben. Unter der Ueberschrift „Sühne“ veröffentlicht Genosse P. Haupt (Braunschweig) in der „Soz. Korrespondenz“ einen offenen Brief an die ehemaligen Feldgrauen, in dem es heißt:

Wir haben geschwiegen, so lange die Auslieferung drohte. Jetzt ist es Zeit zum Reden. Als Feldgrau, die vier Jahre lang mitgelitten und mitgekämpft haben unter dem brutalen Militärsystem des wilhelminischen Deutschland, mit geweihten Wunden von den Herren und „Helden“ dieses Systems.

Wir haben geschwiegen. Mühen schweigen, so lange das Damoklesschwert der Auslieferung über den Deutschen hing, so lange die jedem Rechtsgefühl Hohn sprechenden Forderungen der Feinde den Kriegsheldern und Kriegsveteranen willkommene Feuer schürten, auf dem sie ihre Paradeschlachten. Den Deutschen gab das die schönste Freiheit, das deutsche Volk in einen Hüllensumpf von Lüge und Verleumdung einzunehmen, aus dem alle die, gegen die sich die Empörung der Feldgrauen richtete, als hoch zu verehrenden Märtyrer emporgelien sollten.

Jetzt aber rufen wir in voller Offenheit den alldeutschen Kriegsverbrechern und einer ganzen Anzahl der in ihrem Geiste erzogenen Offiziere zu: Wir haben mit Euch nichts gemein! Ihr seid Kriegsverbrecher. Es ist eine Lüge, daß es in Deutschland keine Kriegsverbrecher gibt. Es ist eine ungeheuerliche Verleumdung, daß alle Offiziere, Militärärzte, Militärbeamte, Unteroffiziere usw. nur selbstlos ihre Pflicht getan hätten. Wir ehemaligen Feldgrauen stellen aus eigener Erfahrung fest: Nie ist frevelhafter mit Menschenleben und Menschenglück gespielt worden, nie ist leistungsfähiger und brutaler mit dem einfachen Soldaten verfahren worden als seitens vieler deutschen Offiziere, Militärärzte und Beamte während dieses Weltkrieges. Nie ist das schändlichste menschliche Recht brutaler mit Füßen

getreten worden als in dem deutschen „Volksherr“ des Weltkrieges!

Soll alles ungeführt bleiben? Kameraden, selbst wenn wir nicht alle alten Geschichten aufrühren wollen, wir müssen die Wahrheit an den Tag bringen. Wir sind es unsern Frauen und Kindern schuldig, ihnen das Gesicht des „großen“ Krieges in seiner ganzen ekelerregenden Nacktheit zu zeigen, damit sie nicht blind in dieselben Fesseln taumeln, die wir gerissen haben, nachdem wir uns das Fleisch zerschneiden hatten, um die neu zu schmieden sich alle die bemühen, die uns einst unerhört gepeinigt haben.

Gleichzeitig hören wir aus Frankreich, daß Pailant Gouzier in sozialistischen „Populären“ alle diejenigen Kameraden auffordert, die nach die Genesungen im Gedächtnis haben, die an französischer Seite auf Befehl begangen wurden, diese mitzuteilen, damit er sie veröffentlichen könne. Er selbst habe Offiziere gekauft, die sich rühmten, deutsche Gefangene niedergeschossen zu haben, um ihr Revolver zu drücken. Ihr habt alle die feindlichen, von unsern schwarzen Soldaten zerstückelten Leichen gesehen. Ihr habt auch selbst gesehen, mit welcher Betriedigung die Weissen davon sprachen, die sie zum Angriff führten. Ich kenne die Namen von französischen Kommandanten, die in einer Schlacht deutsche Kriegsgefangene, die entwaflnet waren, fesseln ließen und die für diese Tat eine Beförderung erlangten. Ich kenne einen Reiter, der von seinem Pferde gesprungen war, um mit seinem Revolver einen Bayern niederzustrecken, der unter guter Bewachung in einer Schlucht vor ihm her ging. Ich habe auch gesehen, wie man Verwundete getötet hat. Und habt Ihr nicht die Vitriolgranaten gekannt? Welche Infanterie hat bei uns nicht die Patronen abgeschossen oder umgedreht? Diese Taten müssen klassifiziert werden. Wir müssen beweisen, daß keine Art zu tieren uns fremd war. Wenn wir das tun, dann werden wir wieder die Deutschen, nach die Tücken, noch die Bulgaren rein, sondern wir nehmen nur einen Anteil an der

„rühmreichen“ Schweinerei.

Wir verlangen schon seit langem für die Schulbigen aller Länder ein internationales Gericht, zusammengesetzt aus Arbeitern und ehemaligen Soldaten.

Wir freuen uns, daß nunehr auch ein französischer Sozialist den Mut gefunden hat, gegen die Kriegsverbrecher im eigenen Lande vorzugehen. Hoffentlich findet seine Aufforderung bei der französischen Arbeitererschaft Zustimmung. Dann kann haben und drücken eine Bewegung zustande kommen, die mit einem reinigenden Gewitter zu vergleichen ist.

Badische Politik.

Beträchtliche Erhöhung der Kirchensteuern.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs, die Aenderung des Orts- und Landeskirchensteuergesetzes betr., nahm die Verfassungskommission des Landtages einen Antrag des Oberbürgermeisters Mayer-Karlsruhe einmütig an, der eine Erhöhung auf 5 1/2 Vermögenssteuer und auf Einkommensteuer 80 vom Hundert vorschlägt. Er bringt der evangelischen Kirche den Steuerbetrag von insgesamt 8 275 408 M., der katholischen Kirche von 6 402 266 M. — Die Sozialdemokratie stimmte dem Antrag ab, weil die zur Zeit noch gewährten Dotationen des Staates um so rascher wegfallen können, als den Kirchengemeinschaften selbst genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Sozialdemokratie wollte überhaupt keine Begrenzung des Steuerrechts der Kirche; sie hatte deshalb noch den Antrag gestellt, den Absatz 2 des Ortskirchensteuergesetzes und den Artikel 15 des Landeskirchensteuergesetzes, welche die Steuerlast der Kirchengemeinschaften auf gewisse Prozente begrenzen, zu streichen. Der Antrag wurde leider von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das Ziel der Sozialdemokratie war die Herstellung des Zustandes: freie Kirche im freien Staat! Dann ist der Wegfall der staatlichen Dotation eine Selbstverständlichkeit.

Die Neuregelung der Feuerungsbeihilfen in Baden.

In der Mittwochsitzung des bad. Landtags machte der Finanzminister die Mitteilung, daß die Feuerungsbeihilfen neu geregelt worden seien. Aus dem jetzt vorliegenden 8. Nachtrag zum Staatsvoranschlag sind die genauen Zahlen zu entnehmen. Die Regierung schlägt vor, für die Monate Januar, Februar und März 1920 neben den bisherigen Feuerungsbeihilfen folgende Monatsbeträge zu bewilligen: Den verheirateten Beamten 800 M. und den ledigen Beamten 250 M. Die sogenannten Feuerungsbeihilfe wird vom 1. Jan. ab nur den verheirateten Beamten mit Kindern gewährt, und zwar unter Abzug des für kinderlos verheiratete vorgesehenen Grundbetrags. Ledige und Verheiratete ohne Kinder erhalten von dem dem Zeitpunkt an keine Feuerungsbeihilfe. Mit Wirkung vom 1. April 1920 werden die Feuerungsbeihilfen für die gesamte Staatsverwaltung in Verbindung mit der neuen Besoldungsrechnung weiter geregelt. Den Ruhegehalts- und Versorgungsbeihilfen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an statt der bisherigen Feuerungsbeihilfen Zuschläge zu ihren Ruhe- und Versorgungsgehalten zuteil werden, die betragen: 1. Für die verheirateten Ruhegehaltsempfänger ohne versorgungsbedürftige Kinder jährlich 3600 M., 2. für ledige verwitwete oder geschiedene Ruhegehaltsempfänger ohne Kinder, ferner für Beamtenwitwen jährlich 3000 M., 3. für jedes Kind jährlich 600 M. und 4. für Vollwaisen jährlich 1200 M.

Das badische Ausführungsgesetz zum Reichsiedelungsgesetz.

Dem badischen Landtag ist jeben der Entwurf des badischen Ausführungsgesetzes zum Reichsiedelungsgesetz zugegangen. In dem Gesetzentwurf wird u. a. bestimmt, daß der in Baden gelegene landwirtschaftlich genutzte Grundbesitz einer Person zu Siedelungszwecken gegen Entschädigung insoweit enteignet werden kann, als er 100 Hektar übersteigt. Die Enteignung von forstwirtschaftlich benutztem Grundbesitz zu Siedelungszwecken ist ohne Rücksicht auf die Größe zulässig. Bei der Festsetzung der Entschädigung dürfen Berücksichtigungen, die auf außerordentliche Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden. Weiterhin wird bestimmt, daß das Arbeitsministerium den Gemeinden, Kreis- und Bezirksverbänden oder gemeinnützigen Unternehmungen das Recht zur Stellung des Antrages auf Enteignung von Grundstücken übertragen darf. Das bad. Ausführungsgesetz zum Reichsiedelungsgesetz (vom 11. August 1919) wurde erlassen, weil die Bestimmungen des Reichsiedelungsgesetzes in der Hauptsache auf die Verhältnisse des Nordens und Ostens von Deutschland zugeschnitten sind und die darin gegebenen Möglichkeiten für die Gewinnung von Siedelungsland für die badischen Verhältnisse nicht ausreichen. Die Durchführung der nach dem Reichsiedelungsgesetz den ge-

Sozialisierungsbestrebungen in der Baustoffindustrie.

folgende Zuschrift, die wir nach der Form ihrer Uebersetzung, wenn auch nicht für amtlich, so doch als von maßgebender Berliner Stelle stammend betrachten müssen, geht uns heute zu: Scheinbar ermutigt wird, die glänzenden wirtschaftlichen Leistungen der Starisbetriebe durch die badische Materie ohne Anbörung der beteiligten Industrie freigegeben zu werden, die Baustoffindustrie einzeln und allein auf dem Wege der Verstaatlichung dieser Betriebe ermöglichen zu können. Die Regierung war bisher nicht in der Lage, die der badischen Regierung von Reichs wegen Kontingenzmäßige auf dem Papier zugewiesene Kohlenmenge in Wirklichkeit auszuführen, und es ist fonnklar, daß aus Staatsbetrieben nicht im Sandumdrehen die technischen Kräfte für die Leitung einer solch ausgedehnten, über das ganze Land verbreiteten Industrie zur Verfügung stehen. Die natürliche Folge dieses Versuchs wird also ein völliger Stillstand aller betroffenen Betriebe ergeben. Soll der letzte Rest der in Baden durch die persönliche Initiative der Fachleute besonders hochentwickeltesten Industrie durch Schaffung weiterer Verwaltungen für Staatsangestellte vollends zum Erliegen kommen?

Wir hätten unter andern Umständen diese Zuschrift nicht weiter beachtet, denn sie trägt offenbar die Urheberchaft — Kreise der Baustoffindustrie — an der Stirn. Aber, wie gesagt, die Art der Uebermittlung nötigt uns, die Zuschrift wiederzugeben und der Öffentlichkeit und der badischen Regierung zur Kenntnis zu bringen; die Regierung wird sich wohl dazu äußern müssen. Sollte das Privatkapital dahinterstehen, was wir vermuten, so läge hier wieder einmal ein Musterbeispiel von der Skrupellosigkeit und der Raffinerie vor, mit der jene Kreise für ihre Geldsachinteressen arbeiten.

Der Anbau von Tabak im Jahr 1920. Das Ministerium des Innern hat folgendes angedeutet: Der Anbau von Tabak ist im Jahre 1920 nur denjenigen Landwirten gestattet, die im Jahre 1916 Tabak gepflanzt haben und in der Lage sind, sich ihre Wirtschaftsangehörigen aus den Erträgen ihres Betriebes mit Weizen und Kartoffeln selbst zu versorgen und das erforderliche Saatgut zu ziehen. Wer hiernach zum Anbau von Tabak berechtigt ist, darf im Jahre 1920 keine größere Fläche als im Jahre 1916 mit Tabak anbauen. Wer Tabak anbauen will, hat dies dem Bürgermeisteramt unter Angabe der Größe der vorzuziehenden Fläche anzuzeigen. Wer Tabak anbauen, hat keinen Anspruch auf Versorgung mit Weizen und Kartoffeln durch den Kommunalverband.

Der Badische Landtag hält am Donnerstag, den 26. Februar nachmittags 3 Uhr seine nächste Sitzung ab. Die Tagesordnung lautet: Zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Aenderung der Gebaltsordnung; Bericht und Beratung über den 8. Nachtragsetz; Beratung des 7. Nachtragsetzes sowie eine Reihe Interpellationen.

Die Redaktionskündigung. In der Frage der Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Bismarck nahm eine Versammlung der Mannheim im Technikerverein eine Entschliessung an, in welcher die Führung des Neckarbauauftrags von Rheinau aus als die einzige Lösung, die den wirtschaftlichen Be-

dürfnissen Rechnung trägt, bezeichnet und die Ainführung Rheinau-Geidelberg gefordert wird.

Die Bauern und die Reichstagswahlen. Der vorläufige geschäftsführende Vorstand des Badischen Bauernverbandes, in dem der Badische Bauernbund (Sitz Karlsruhe) und der Verein kleiner und mittlerer Landwirte (Sitz Freiburg) aufgegangen sind, ersucht seine Bezirks- und Kreisorganisationen, für die bevorstehenden Wahlen mit keiner politischen Partei oder einer anderen Organisation irgend welche Abmachungen zu treffen. Die Stellung des Badischen Bauernverbandes in Wahlangelegenheiten soll von der Landesversammlung der Bezirks- und Kreisverbänden einheitlich geregelt werden.

Aus der Partei.

Außerordentliche Landeskonferenz der sozialdemokratischen Geistesarbeiter Badens.

Am Samstag fand in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Genossen Beech eine außerordentliche Landesversammlung der sozialdemokratischen Geistesarbeiter Badens statt, der Vertreter des ganzen Landes beizwohnten. Ueber Beamten und Sozialismus referierte Genossin Postbeamtin Anders; sie wies in ihrem Referate auf die Beschränkungen der Beamten im alten Staat hin und stellte den die Bewirkung einer Reihe Beamtenforderungen durch die Revolution gegenüber. Doch bleiben immer noch viele Wünsche für die Zukunft offen; so muß vor allem die Zurückführung der Frau schwinden usw., es wird die kommende Aufgabe sein, den Staat so aufzubauen, daß in ihm Freiheit, Gleichheit und Zufriedenheit wohnen, wozu die Verbindung von Sozialismus und Beamtenschaft nötig ist. In der Diskussion über das Referat kam vor allem zum Ausdruck, daß die Meinungsfreiheit der Beamten auch heute noch vielfachen Unterdrückungen ausgesetzt und insbesondere die sozialistische Ueberzeugung verpönt wird. Ein Antrag auf Abfassung einer Zusammenstellung der Forderungen der Beamten seit 1919 wird angenommen; das Material ist der Landtagsfraktion zur Verfügung zu stellen. — Der zweite Referent Genosse Müller-Red-Vieltheim behandelte das Thema Zukunftsaufgaben der Arbeitergemeinschaft. Nach einem Rückblick auf die jüngste Entwicklung des geistigen und politischen Sozialismus wandte er sich der Notwendigkeit zu, das deutsche Volk zu einem wirklich republikanischen Volke zu erziehen. Wichtigste Forderung ist dabei die Schaffung eines tatsächlich republikanisch gesinnten Beamten- und Verwaltungskörpers. Deshalb müssen die sozialistisch gesinnten Beamten und Beamten als Stützen der Republik zu den entsprechenden Stellen herangezogen werden. Zunächst ist deshalb die Schulung der sozialdemokratischen Geistesarbeiter im wissenschaftlichen Sozialismus und in praktischen Verwaltungsfragen nötig. Größte Aufmerksamkeit ist hierbei auch der Entwicklung und dem Ausbau der Zeitschrift „Schmiede“ beizumessen. Wir müssen alles tun, um Kopf- und Handarbeiter zu vereinen; denn nur hierdurch ist der Vollzug des Sozialismus möglich. Anschließend hieran referierte Genosse Eisenbahnschreiber Beech-Karlsruhe über die immer härter werdende Bewegung und die Richtlinien der sozialistischen Geistesarbeiter. Vor Eintritt in die Diskussion ging Genosse Thomas von der Zentralarbeitsgemeinschaft der Beamten bezgl. vom Parteivorstand in Berlin auf das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Beamtenschaft ein, in dem er die Eingliederung der sozialistischen Beamten in den Rahmen der Parteiorganisation bei Schaffung von besonderen Werbeausstatten und Beratern befürwortete. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Anregungen von Gen. Thomas hinsichtlich der Eingliederung der Arbeitergemeinschaft in das Parteipatut dem Landesgeschäftsaus- schuß zur Beschlußfassung zu überweisen.

Sagst, 19. Febr. Der sozialdemokratische Verein hielt am letzten Freitag eine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Republik und Reaktion. Als Redner erschien Gen. Funf aus Karlsruhe, der das Thema in klarer und verständlicher Weise behandelte. Am Schluß seiner Ausführungen richtete er an unsere Mitglieder einen kräftigen Appell, daß sie sich an den Arbeiten für den Wahlkampf recht tatkräftig beteiligen möchten, damit der Sieg der Sozialdemokratie gesichert wäre. In der Diskussion nahmen die Genossen sehr regen Anteil; zu wünschen wäre nur, daß sich unsere Mitglieder, sowie die Leser der Parteipresse für den nächsten Vortrag mehr interessieren würden.

Genossenschaftsbewegung.

Es geht vorwärts!

Einen zeitgemäßen Beschluß fahien die Mitglieder des Konsumvereins für Sulzfeld und Umgebung. Eine am 1. Februar stattgehabte außerordentliche Mitgliederversammlung genannter Genossenschaft hat nach einem Vortrage des Herrn Biegler-Durlach einstimmig beschlossen, die Selbständigkeit anzugehen und sich dem Konsumverein Bretten und Umgebung anzuschließen. Letztere Genossenschaft befindet sich in einem glänzenden Aufschwunge. Mit der Eröffnung einiger Verkaufsstellen in der Umgebung von Bretten sehen wir die Entwicklung einer landlichen Konsum-Genossenschaft zu einer Bezirksorganisation, deren Tragfähigkeit durch den Anschluß bereits bestehender Organisationen gestärkt und gefördert wird. Der Gedanke des Zusammenschlusses ist in Genossenschaftskreisen seit Jahren Gegenstand lebhafter Diskussion und deren praktisches Ergebnis, eine immer strenger sich auswirkende Zentralisation, durch diese wird erreicht, daß die Konsumgenossenschaftliche Bedarfsdeckung immer weiteren Schichten der Bevölkerung auch auf dem Lande ermöglicht wird. Mit welchem Erfolge die Konsumgenossenschaftsbewegung fortgeschritten, lehren uns einige Zahlen der „Konsumgenossenschaftl. Rundschau“, dem Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Letzterer gehörten Ende 1919 1127 Vereine als Mitglieder an, und haben diese einen Mitgliederstand von rund 2 300 000. Die Mitgliederzahl sämtlicher deutscher Konsumvereine betrug Ende 1919 rund 3 200 000, und da die Mitglieder fast durchweg Haushaltungsvorstände sind, so repräsentiert jedes Mitglied eine Familie, d. h. die Gesamtheit der Konsumgenossenschaftlich erfahren Volksgenossen beträgt somit 13-16 Millionen, mit anderen Worten: Der vierte Teil des deutschen Volkes ist Konsumgenossenschaftlich organisiert.

Gemeindepolitik.

Das Feuerlöschwesen in den Gemeinden. Die Berichte der Bezirksämter und der Landeskommissare über die Feuerlösch-einrichtungen in den Gemeinden haben das Ministerium des Innern veranlaßt, den Behörden eine Durchsicht, um, wo sich ein Bedürfnis herausstellt, eine Aenderung in den Bezirks- und ortspolizeilichen Vorschriften über das Feuerlöschwesen vorzunehmen. In denjenigen Gemeinden, in denen eine Feuerlöschordnung noch nicht besteht, sollte eine solche erlassen werden. Das soll im Benehmen mit den Bezirksfeuerlöschinspektoren und mit den Kommandanten der freien Feuerwehren geschehen. Die Bezirksämter wurden besonders angewiesen, die Sache der freiwilligen Feuerwehren zu fördern, deren Bedeutung vom Ministerium nicht verkannt wird.

Aus dem Lande.

Neul, 22. Febr. Die beim hiesigen Stationsamt als...
Bonnorf, 22. Febr. In Vollbruch in dem Bauernhaus...
Griesheim bei Esenburg, 22. Febr. Im Gottesmalde...
Freiburg, 22. Febr. Im Zinken Frickau bei Unter...

Postverkehr mit dem besetzten Gebiet. Im Post-, Tele-...
Einreise in das Saargebiet. In den neuen Verkehrsbestim-

Tabakdiebe. Eine Anzahl Duzchen aus Neustreiffel stahlen...
Die Fliegerangriffe auf Freiburg. In der Gesellschaft für Geschichts-

Aus der Stadt.

Bedeutende Erhöhungen der Gas-, Wasser- u. Strompreise.
Dem Bürgerausschuß sind Beschlüsse des Stadtrats vom...
Gas: 1 Kubikmeter Leucht-, Koch- und Heizgas 0,4 3...
Wasser: 1 Kubikmeter mit Wassermesser gemessenes...
Elektrischer Strom: Für jede Mark, welche die...

Das Elend unserer Fleischversorgung.

Eine Denkschrift an die badische Regierung.
(Schluß)
Auch bei der Schweinefleischversorgung haben sich sonder-

ten, die der Landwirt einem etwaigen Ableserungsanfragen...
Diese Umänderung würden für den Landwirt einen Mehr-

Die Sünde des Zinses.

Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, den...
Öffentl. Versammlung
Gen. Harrer Steig aus Reinstetten.
Eintritt: Parteimitgl. 50 3. Nichtmitgl. 1 M.

Erhöhung der Löhne auf den Karlsruher Lokalbahnen.

Das Rechnungsjahr 1919 der Lokalbahnen schließt mit einem...
Die deutsch-höllische Unfinn.
Die deutsch-höllischen Schuß- und Truppbündler glauben in...

Immer höher! Auch die Bündelhalter, die im Laufe...
Kriegsgefangenenheimkehr. Ein recht herzlich Empfang...

Der Arbeiterkassenverband bittet uns, auf den angekündigten...
Städtische Konzerte. Das städtische Musikorchester in der...

Bergleich. Nach dem amtlichen Protokolle des Amtsgerichts...
Ausländische Rauchwaren. Vom 1. März ab werden alle...

Landestheater. Donnerstag, 26. Februar, findet eine...
Landestheater. Donnerstag, 26. Februar, findet eine...

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Deutscher Arbeiterstenographen-Bund Karlsruhe.

Dienstag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, im „Auerhahn“, Schillerstraße. Oeffentlicher Vortrag von Hg. Richter: 1900 „Die Entwicklung der Schrift zur Volkskurzschrift.“

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

Montag, den 23. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr in der „Kronenhalle“, Kronenstrasse außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus.

Mittwoch, den 25. Februar, abends halb 8 Uhr im Saale des Arbeiter-Bildungsvereins, Wilhelmstr. 14

öffentl. Vortrag

von Walter Hartwig-Börrich, über: „Das Versagen der Parteien und die Zukunft Deutschlands.“

Bachverein.

Mittwoch, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in der „Festhalle“ „Herakles“ von Händel. Karten zu 10, 8, 6, 4 und 2 Mk. ausschließlich Steuer bei Fr. Doert, Kaiserstrasse 169 und an der Abendkasse.

Konsumverein Baden-Baden u. N.

Berteilungsstelle Raftatt.

Am Mittwoch, 25. Februar 1920, abends 7 Uhr, findet in Raftatt im „Anker“-Saale eine

Mitglieder-Versammlung

statt mit folgender Tagesordnung: 1. Allgemeiner Geschäftsbericht, 2. Der Bau einer Wägerei.

Schwimmhalle des Friedrichsbades

bis auf weiteres jeden Nachmittag von 1/2 3-4 Uhr für Damen und von 4-8 Uhr für Herren

geöffnet.

Stadt. Vierordtbad

Ab Montag, den 23. d. Mts., sind auch die Dampf-, elektr. Licht u. sonstigen Kurhäder

wieder geöffnet. Für Frauen Montag und Mittwoch vormittags und Freitag nachmittags. Die übrige Zeit für Männer.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Verein Karlsruher Aerzte.

Infolge der zunehmenden Teuerung sehen sich die Aerzte genötigt, eine weitere erhebliche Erhöhung ihrer Honorarsätze mit sofortiger Wirkung eintreten zu lassen.

Hochelegante Herren- und Damen-Garderobe

in erstklassiger Ausführung zu mässigem Preis fertigt 1411 Anton Kuhn, Karlsruhe Ruppurrerstr. 20, 1. Hinterhaus.

Achtung! Achtung!

Aushilfsweise Angestellte!

beim Staate, der Post und den militärischen Dienststellen!

Dienstag, den 24. ds. Mts., nachmittags halb 5 Uhr, im großen Saale der Restaurat. an zum „Ewenzrathen“ (Kaiser-Galle)

Oeffentliche Versammlung.

Die Lohn- und Arbeits-Verhältnisse beim Staate, der Post und den militärischen Dienststellen u. deren Reform.

Kollege Kiefer vom Ortskartell freier Angestelltenverbände. Erscheint in Massen! Ortskartell freier Angestelltenverbände. Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter. Gewerkschaftsbund der Angestellten.

Die Haupt-Verwaltungsstelle der Lehr-Betriebe für Industrie-Arbeiter G. m. b. H. KARLSRUHE Kriegsbeschädigtenfürsorge. 201 Kaiserstraße 201. 3. Stock Hof-Apotheke 3. Stock. Künstliche Glieder, Apparate :-: Orthopädische Schuhe :-: Schuhwerk aller Art nach Maß

Die Aenderung der Straßenluft der Ewenzrathen im Stadtteil Ruppurrer betr. Der Stadtrat der Residenz hat den Antrag gestellt, es möge der nördliche Gehweg der Ewenzrathen auf die Breite des südlichen (2 Meter) vergrößert und das

Die Aenderung enthaltende Plan liegt vom 26. Mai 1908 festgelegt. Der die Aenderung enthaltende Plan liegt vom 14. Tagen auf dem Rathaus — 8. Stock, Zimmer 190 — zur Einsicht der Beteiligten auf.

Auf die Landesordnung der Freitag den 27. Febr. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, im großen Rathhauseaal stattfindenden öffentlichen Versammlung des Bürger-

Grundstücks-Zwangsvorversteigerung. Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Qz. Nr. 4480: 7 a 76 qm mit Gebäuden Goethestraße 25 b.

Grundstücks-Zwangsvorversteigerung. Grundstück: Qz. Nr. 1411: 2 a 28 qm mit Gebäuden Kreuzstraße 19 (Gasthaus zum „Ruffhäufel“).

Bekanntmachung über den Verkauf von Notstandswaren für in Kleidungsnot befindliche Personen. In allen einschlägigen Geschäften hiesiger Stadt (einschließlich der Warenhäuser) liegen gegenwärtig an Waren der sogenannten Notstandsversorgung

Bekanntmachung über den Umtausch getragener amerikanischer Stiefel. Im Verfolg der entsprechenden Bekanntmachung teilen wir mit, daß für den Umtausch getauschter nicht passender amerikanischer Stiefel drei Tage in Aussicht genommen sind und zwar:

Bekanntmachung über den Verkauf getragener amerikanischer Bekleidungsstücke. Nachdem der erste große Posten amerikanischer Bekleidungsstücke restlos verkauft wurde, ist es den Bemühungen der Stadt. Bekleidungsstelle gelungen, noch einen weiteren kleineren Posten getragener amerikanischer Mäntel und Anzüge zu erlangen.

Pferdefleischverkauf. Serie D. Siegelrote Karten. Verkaufsstelle Sofienstr. 99. Einlösung der Marke 3. vormittags nachmittags